

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT



- die münchener bildungsgewerkschaft -

Bildungspolitik in München: Ziele, Innovation und Probleme

Die Förderung aller Münchner Kinder und Jugendlichen muss oberstes Ziel der städtischen Bildungspolitik sein. Daher fordert die GEW, dass die dazu notwendigen Voraussetzungen für gute Lern- und Arbeitsbedingungen erhalten bleiben oder auch geschaffen werden.

Die Landeshauptstadt München hat sich in ihrer Geschichte immer wieder um bildungspolitische Innovationen bemüht. In der Vergangenheit waren das etwa der Aufbau eines breitgefächerten kommunalen Schulwesens, die Einrichtung moderner und zukunftsweisender Schulen sowie zuletzt etwa die Entwicklung der Münchner Förderformel im Kita-Bereich. Aktuell sind die Bemühungen um eine flächendeckende Ganztageschule und um eine bedarfsorientierte Budgetierung gerade der Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunktgebieten zu nennen.

Lange Zeit stand München an der Spitze bildungspolitischer Entwicklungen. Die Einrichtung der Orientierungsstufe und der Gesamtschule markierten bayernweit einmalige Schulinnovationen, die zum Ausgangspunkt auch landespolitischer Entwicklungsprozesse hätten werden können. Der Stadtrat hat dabei häufig die Bereitschaft gezeigt, hohe Summen zu investieren, um Bildung in München voranzubringen. Das gilt auch für die Angebote im Hort- und Tagesheimbereich, die aufgrund ihrer anerkannt hohen pädagogischen Qualität unbedingt zu erhalten sind. Hier sollte die LHM noch mehr Geld investieren, um diese Angebote kostenfrei vorhalten zu können.

Auch die außerschulische Erwachsenen- und Weiterbildung wird in München vorbildlich gefördert. Aktuelles Beispiel ist die Absicht der Stadt, die regionalen Bildungslokale und Lernwerkstätten nach Auslaufen der Bundesförderung mit

städtischen Mitteln zu finanzieren und weitere Bildungslokale einzurichten.

Allerdings waren Bildungsplanung und Finanzplanung über längere Zeit nicht zielgenau abgestimmt, so dass neben einem Investitionsstau auch so manche Zielsetzung aus den Augen verloren wurde. Nicht das gewollte Ergebnis wurde bedacht, sondern häufig bestimmten politische Tagesereignisse die Bildungspolitik, die deswegen oft nicht evaluiert und gesteuert wurde. Bis heute ersetzen politisch erwünschte, mitunter von Schlagworten geprägte Erfolgsmeldungen eine gründliche Bilanzierung Münchner Bildungspolitik. Im Ergebnis sehen wir uns den nachfolgend geschilderten Problemen gegenüber, von deren Lösung es abhängen wird, ob München wieder seine führende Rolle in der Schul- und Bildungspolitik einnehmen kann.

Das für die Münchner Bildungspolitik verantwortliche Referat für Bildung und Sport hat sowohl im pädagogischen als auch im nichtpädagogischen Bereich große Schwierigkeiten zu überwinden:

1. Querschnittsaufgaben:

a) Die Organisationsstruktur von ZIB (Zentrum Informationstechnologie im Bildungsbereich) und ZIM (Zentrales Immobilienmanagement / Schulbauplanung) ist deutlich verbesserungsfähig. Die Erbringung der nötigen Dienstleistungen ist nicht gewährleistet. Die personelle Unterbesetzung ist durch Eilmaßnahmen insbesondere im Entlohnungsbereich zu beseitigen. Teilweise wurden bereits Maßnahmen in Gang gesetzt; diese sind jedoch zu beschleunigen.

b) Das Kommunale Bildungsmanagement spielt in der schulischen Praxis kaum eine Rolle. Die Aufgaben scheinen diffus und mit den vorhandenen Mitteln kaum zu verwirklichen. Möglicherweise hat die Freude über Fördergelder von einer realistischen Planung abgelenkt. Eine engere organisatorische Anbindung an die Schulen ist zu prüfen.

c) Der Bereich der Politischen Bildung ist durch die Aufgabe der Studienstätte für Politik und Zeitgeschehen stark gefährdet. Sowohl einer Elitenbildung durch eine Fokussierung auf den gymnasialen Bereich als auch einer Auslagerung des Leistungsbereichs durch Werkverträge und der damit einhergehenden veränderten politischen

Gewichtung der Inhalte ist entgegenzuwirken. Die GEW fordert eine eigenständige politische Jugendbildungsstätte, wie sie mit dem Rohrauerhaus bestand und darüber nicht nur die Erhaltung der Studienstätte für Politik und Zeitgeschehen e.V. im Pädagogischen Institut, sondern deren qualifizierten personellen Ausbau und transparente Strukturen. Die beabsichtigten Einsparungen sind trotz der Schließung des Rohrauerhauses nicht eingetreten, sondern lediglich auf administrative Aufgaben im PI verlagert worden, so wie von der GEW befürchtet.

d) Die Fortbildungsangebote des Pädagogischen Instituts sind zu evaluieren und zu verbessern. Verstärkt erreichen uns Klagen über eine z.T. fragwürdige Qualität der Fortbildungen, insbesondere im Bereich der Führungskräftefortbildungen. Das Ziel einer Verbesserung der Unterrichtsqualität zur Förderung aller Schülerinnen und Schüler ist nicht zu erkennen. Im Bereich der Führungskräftefortbildungen ist nicht selten fehlendes Basiswissen der schulischen Führungskräfte etwa im Bereich des Betrieblichen Eingliederungsmanagements oder des Arbeitsrechts zu beklagen.

2. pädagogische Fachabteilungen:

a) Die Personalgewinnung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Entsprechende Konzepte fehlen. Dabei mangelt es nicht an Ideen: beispielsweise eine Marktzulage für Personalgewinnung, die München-Zulage auch für 4. Qualifikationsebene, bezahlbaren Wohnraum für städtische Beschäftigte, deutlich verbesserte Personalplanung v.a. für das Führungspersonal.

b) Ein Schulbauprogramm wurde zwar aufgelegt, die Bauzeiten in München sind aber deutlich zu lang. Dies ist möglicherweise Ergebnis der Auslagerung von Kompetenzen an Privatfirmen. Das Gleiche gilt für die Neuerrichtung von Kindertageseinrichtungen; hier scheinen Neubauten nur für freie Träger reserviert zu sein, während die städtischen Beschäftigten teilweise in längst sanierungsreifen Gebäuden arbeiten müssen. Wertschätzung sieht anders aus!

c) Wir erwarten, dass sich die LHM weiterhin zum kommunalen Schulwesen bekennt und nicht aus finanziellen

Gründen keine städtischen Schulen mehr errichtet bzw. städtische Schulen an den Staat abzugeben versucht.

d) Im Bereich der inneren Schulorganisation der städtischen Schulen gibt es teils dringenden Handlungsbedarf. Es herrscht hohe Unzufriedenheit bei städtischen Lehrkräften wegen fehlender Wertschätzung, willkürlicher Handlungen mancher Schulleitungen, schlechter Organisation und Schulentwicklungsexperimente auf Kosten der Beschäftigten. Die deutlich erhöhte Fluktuationsrate der Beschäftigten im Vergleich zu anderen städtischen Verwaltungsbereichen unterstreicht dies.

e) Trotz einiger Fortschritte im Bereich der Schulsozialarbeit gibt es noch Handlungsbedarf. Insbesondere fehlt eine flächendeckende und institutionalisierte Schulsozialarbeit.

f) Entgegen vollmundigen Versprechungen fehlen konkrete und v.a. schnelle Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion im Bereich der städtischen Schulen. Als Vorzeigeschule gilt nach wie vor das Adolf-Weber-Gymnasium, das aber schon vor Jahrzehnten mit der Inklusion begonnen hat und seither schleichend immer schlechtere Rahmenbedingungen zu bewältigen hat. Ansonsten fehlen Konzepte und v.a. die dafür nötigen Ressourcen, um an anderen Gymnasien und Realschulen SchülerInnen mit Behinderungen adäquat zu betreuen. Angesichts der maroden und barrierehaltigen Schulgebäude kommen die meisten Körperbehinderten dort erst gar nicht hinein.

g) Im Bereich der IT wendet die LHM einige pädagogisch, datenschutzrechtlich und personalrechtlich bedenkliche EDV-Programme an. Beispiele hierfür sind die SchülerInnenüberwachung, das Bestreben nach Aufheben der Trennung zwischen Privat- und Berufssphäre und die Datenauslagerung auf wenig kontrollierbare ausländische Server. Wir erwarten eine stärkere Sensibilität für diese Themen bei der Referatsspitze.

h) Im Einklang mit der Untersuchung „Great Place to Work“ stellen wir im Bereich des RBS eine Verstärkung des Arbeits- und Kontrolldrucks fest. Gleichzeitig soll die pädagogische Autonomie der Lehrkräfte durch neue Führungsstrukturen aus- und gleichgeschaltet werden. Als Instrumente hierfür dienen Tendenzen zur Erweiterten

Schulleitung und die immer unverhohlene Einflussnahme übergeordneter Institutionen auf die Schulentwicklung der einzelnen Einrichtungen, die Gestaltung des Unterrichts und die Notengebung.

i) Partizipation und Mitbestimmung sind auf dem Rückzug. Anstelle intensiv ausgehandelter und ausdiskutierter Meinungsbildungsprozesse aller schulischer Akteure (Eltern, SchülerInnen und Lehrkräfte) werden anonyme Zielvorgaben mit Gewalt von oben angeordnet und durchgedrückt. Nicht willfähige Lehrkräfte werden zunehmend häufiger schikaniert, herabbeurteilt und sogar mit unbegründeten Disziplinarverfahren abgestraft. Eine willfähige Disziplinarverwaltung hilft dabei. Das Ziel der demokratischen Schule scheint in weite Ferne gerückt.

j) Die hohe Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern im gesundheitsgefährdeten Risikobereich lässt ein zukunftsweisendes Konzept zur Lehrgesundheit vermissen. Dies hat immense Folgekosten für die Landeshauptstadt München. Hier fordert die GEW, unverzüglich ein solches Konzept mit Fachleuten zu erstellen.

3. Berufliches Schulwesen:

a) Die zeitgemäße Ausstattung der Berufsschulen erfordert gerade für technische Berufe hohe Investitionen. Werkstätten und integrierte Fachunterrichtsräume müssen auf dem modernsten Stand gehalten werden.

b) Der Umgang mit berufslosen Jugendlichen (v.a. mit Migrationshintergrund) ist deutlich verbesserungsfähig. Das Übergangssystem sollte keine Warteschleife sein. Es ist zu prüfen, welche bestehenden BVJs in eine Berufsfachschule überführt werden können, um Teil einer Berufsausbildung zu werden. Die Erfahrungen der BS f. Floristik sind möglicherweise auf andere Berufsschulen übertragbar. JoA-SchülerInnen sollten die Möglichkeit bekommen, ihre Berufsschulpflicht an einer Berufsschule Ihres Wunschberufes zu erfüllen. Der JoA-Faktor des Kultusministeriums sollte für Angebote an JoA-SchülerInnen genutzt werden.

c) Es wäre wünschenswert, wenn die Kompetenzen der Berufsschulen auch für Weiterbildung genutzt würden. Bisher beschränkt sich die Landeshauptstadt ausschließlich auf Fachschulen; der Rest wird durch die Industrie- und

Handelskammer sowie die Handwerkskammer organisiert, die so hohe Profite erzielen können. Es sind Verhandlungen mit IHK und HKW nötig, um Zertifizierungsmöglichkeiten zu erhalten. Darin läge auch eine potenzielle Einnahmequelle für die LHM, die bisher leichtfertig vertan wird.

4. Realschulen:

a) Aktuell lässt sich eine überaus hohe Belastung der KollegInnen durch (v.a. personell) wenig durchdachte pädagogische Innovationen feststellen: Die Präsenzzeiten an der Schule steigen bei zugleich fehlenden adäquaten Arbeitsplätzen. Im Ergebnis werden die KollegInnen übermäßig belastet, da die notwendigen Vor- und Nachbereitungen sowie Korrekturen nach wie vor in gleicher Intensität zu Hause anfallen.

b) Zunehmend ist eine Frauen- und Familienfeindlichkeit bei der Dienstplangestaltung festzustellen. Dies hat einerseits mit den oben beschriebenen Problemen zu tun, andererseits mit einer immer stärkeren Ignoranz gegenüber der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gegenüber individuellen Problemlagen.

c) Anstatt notwendige und von der GEW ausdrücklich begrüßte pädagogische Innovationen etwa im Ganztagesbereich sorgfältig zu planen und vorzubereiten sowie auch in Bezug auf Räume und Ressourcen möglich zu machen, werden teilweise Ganztagesmodelle den Schulen ohne Partizipation des Kollegiums gewaltsam übergestülpt.

5. Gymnasien und Schulen besonderer Art:

a) Ein steigender Druck zu einer systemkonformen und nicht demokratisch-partizipativ reflektierten Grundhaltung ist festzustellen. Dies geschieht durch gezielte Beurteilungsverschlechterungen und disziplinarische Maßnahmen. In diesem Zusammenhang haben sich früher innovative und progressive Schulen mit gelebter Partizipationskultur zu angepassten Lerninstituten gewandelt.

b) Neben bildungs- und personalpolitischen Veränderungen hin zum Schlechteren ist in den letzten Jahren eine Erhöhung der Arbeitsbelastung festzustellen, die darauf beruht, dass Veränderungen durch einen demographischen

Wandel, der auf die Gymnasien durchdrückt, ignoriert werden: Die Schülerzahlen und die Übertrittsquote steigen, mehr Schüler drängen sich in überfüllten Klassen und überfüllten Schulen. Der Aufwand durch vermehrte Korrekturen, Konferenzen, Aufsichten und weiteren zusätzlichen Aufgaben ist deutlich gestiegen. Entlastungen sind nicht in Sicht. Dringend benötigte Neu- und Umbauten von Schulen werden noch lange auf sich warten lassen.

6. Grund- und Mittelschule:

a) Das SchülerInnenwachstum und die begrüßenswerte Verkleinerung von Klassen (u.a. durch die seit wenigen Jahren mögliche schnellere Teilung von Klassen mit einem hohen Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund) führt zu gewaltigen Raumproblemen. Eine Lösung ist bislang noch nicht in Sicht, muss aber prioritär gesucht werden.

b) Die bereits an anderer Stelle monierte fehlende Einbindung der unmittelbar Betroffenen in Entscheidungsprozesse zeigt sich auch an der Ausstattung der Schulen. Diese wird einseitig vom RBS festgelegt, anstatt zu fragen, ob sie vor Ort wirklich benötigt oder überhaupt erwünscht ist. Beispiele hierfür sind Dreieckstische und Whiteboards. Insbesondere tritt dieses Problem bei der Neueinrichtung von Schulen auf, wo die Bedürfnisse der betroffenen Lehrkräfte zu wenig berücksichtigt werden.

c) Die Zusammenarbeit mit Horten und Tagesheimen ist bereits auf einem gutem Stand. Hier ist v.a. für das nötige Personal zu sorgen, um die Qualität dauerhaft sicherzustellen.

7. Kitabereich:

Die Personalgewinnung im Kitabereich zeigt nicht den gewünschten Erfolg. Personalmangel zeichnete sich schon seit einigen Jahren ab, durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige wurde die ganze Situation verschärft. Stellen bleiben unbesetzt, der Aushilfenpool ist leergefegt, es gibt große Fluktuation.

Bei den Kolleg*innen im Erziehungsdienst herrscht große Unzufriedenheit, Pädagogik kann häufig nicht mehr stattfinden. Zeiten zum Vor- und Nachbereiten fehlen, es

müssen jedoch Elterngespräche vorbereitet und geführt , Kinder beobachtet und Verwaltungsaufgaben erledigt werden. Leitungen sind immer noch nicht freigestellt und fallen ebenso mit ihrer gesamten Wochenarbeitszeit in den Anstellungsschlüssel. Darunter leiden die Teamarbeit und die pädagogische Arbeit.

Seit der Zusammenlegung von KITA wechseln häufig die Ansprechpartner und Zuständigkeiten, der Informationsfluss ist sehr träge.

8. Erwachsenen- und Weiterbildung:

Allgemein ist festzustellen, dass das Angebot im Erwachsenen- und Weiterbildungsbereich der Expansion der Stadt stärker anzupassen ist. Dazu ist die Förderung weiterer Subzentren und Außenstellen der MVHS notwendig. Der Zwang zu immer höheren Einnahmen aus Gebühren darf zu keinem Rückgang der Belegungen führen. Besonders den bildungsferneren Schichten müssen kostengünstige Angebote eröffnet werden.

In den Bereichen der Grundbildung und der Schulabschlüsse muss die Vergabe der Projekte Festanstellungen ermöglichen, um die notwendige pädagogische Kontinuität und Qualität zu gewährleisten.

Dozentinnen und Dozenten der MVHS, die von dieser Arbeit leben, müssen höhere Honorare (entsprechend vergleichbaren Lehrkräften in öffentlichen Schulen) und einen Arbeitgeberzuschuss zur Sozialversicherung erhalten. Eine institutionalisierte Dozentenvertretung ist einzurichten.

9. Hochschule:

München als HighTech- und Forschungsstandort weist den Hochschulen eine wichtige Stellung zu, vergisst dabei aber häufig die Menschen in diesen Einrichtungen mit ihren Bedürfnissen und Problemen. Diese befinden sich nicht selten in prekären persönlichen oder Beschäftigungsverhältnissen. Dass Hochschule und Forschung weitestgehend Ländersache sind, enthebt die Kommune nicht von der Verantwortung für Beschäftigte und Studierende als Münchner Bürger*innen.

Die GEW macht dazu folgende Vorschläge:

a) Einrichtung eines Runden Tisches „Hochschul- und Wissenschaftsstadt München“. Dort sollten alle betroffenen Gruppen - zumindest die LHM, der Freistaat, die Hochschulen, die Forschungseinrichtungen, die unterstützenden Einrichtungen, die Studierenden, die Beschäftigten und die Gewerkschaften - vertreten sein und gemeinsam Probleme identifizieren und Lösungen erarbeiten.

b) Ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Wohnsituation von Auszubildenden, insbesondere Studierenden, ist aufzulegen.

c) Das Semesterticket ist von einem Partyticket (= freie Abendfahrten, aber kostenpflichtige Fahrten in die Uni) zu einem Lernticket (= freie Fahrten in die Uni, aber kostenpflichtige Abendfahrten) umzustellen. Das bedeutet eine Umkehrung der bisherigen Regelung: ein Ticket für alle zur Hochschule und eine Zusatzoption für die zusätzlichen Zeiten und Gebiete.

d) München braucht eine Anlaufstelle für ausländische Studierende und Wissenschaftler*innen, die diesen auch wirklich helfen können. In erster Linie geht es um Unterkunft, Jobmöglichkeiten, Aufenthaltsregelungen oder Sprachkurse.

e) Finanzielle Unterstützung für Studierende und Beschäftigte an der Hochschule ist dringend notwendig. München gilt schon heute bei vielen als „SchickiMicki“-Stadt, die man sich leisten können muss. Gerade Bildung darf aber nicht vom eigenen Geldbeutel oder dem der Eltern abhängen.

Ausblick:

Die GEW München erwartet von den Parteien, die sich für den Stadtrat bewerben, und von den KandidatInnen für das Amt der OberbürgermeisterIn, dass sie sich konstruktiv und zielorientiert mit den hier aufgeworfenen Problemstellungen befassen und Lösungsansätze bieten. Zu einem intensiven Dialog sind wir gerne bereit.

Insbesondere müssen gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und SchülerInnen geschaffen werden. Dazu gehören auch ausreichend Räume, die nicht kurz vor dem Zerfall stehen. Um den größeren Raumbedarf durch kleinere Klassen, die Anforderungen der Inklusion und Arbeitsplätze für die

Lehrkräfte entsprechend den üblichen Mindeststandards der Landeshauptstadt München decken zu können, ist es nötig, auch über die Schulbaurichtlinien hinaus zu investieren und die Mehrkosten ggf. alleine zu tragen.
Das reiche München kann und sollte sich das leisten!

gew-stadtverband, schwanthalerstr. 64, 80336 mchn
sprecherInnen: a. lungmus, b. schreyögg, r. staudt,
geschäftsführer joachim peter graf,
089 537389 Fax 54379957
gew-sv-muenchen@link-m.de www.gew-muenchen.de